



An die
Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion

Berlin, 30. Mai 2022

**Politischer Bericht für die Sitzung der Bundestagsfraktion
am 30. Mai 2022**

Inhalt

1. BOTSCHAFTEN DER WOCHE.....	2
2. ZUR LAGE	4
3. ZUR WOCHE.....	12
TOP III a: 12 Euro Mindestlohn für mehr Respekt!	12
TOP VI: Kräftiges Rentenplus und mehr Geld für Erwerbsgeminderte.....	12
ZP: Weg frei für das Sondervermögen Bundeswehr	13

1. BOTSCHAFTEN DER WOCHE

Wir sorgen für Sicherheit im Wandel

Die Botschaft dieses Haushaltes ist klar: Wir handeln und bekämpfen die Krisen, sind international verlässliche Bündnispartner und stärken sozialen Zusammenhalt und Klimaschutz. Mit zukunftsorientierten Investitionen schaffen wir nachhaltiges Wachstum, unternehmerische Sicherheit und damit auch sichere Arbeitsplätze. All das leisten wir, ohne die Nettokreditaufnahme zu erhöhen.

Wir entlasten die Bürger:innen spürbar

Der Krieg in der Ukraine hat auch die Energiepreise in Deutschland ansteigen lassen. Das bekommen viele Bürger:innen zu spüren – vor allem Sozialhilfempfänger:innen, Geringverdiener:innen und Familien. Die Ampel-Koalition hat darauf zügig und entschlossen reagiert. Wir haben zwei umfassende Entlastungspakete in Höhe von mehr als 30 Milliarden Euro auf den Weg gebracht, die im Haushalt abgebildet sind und bedürftigen Menschen spürbar und unbürokratisch zugutekommen. So beispielsweise Personen mit einem Jahresbruttoeinkommen von 30.000 Euro: Sie werden um rund 880 Euro (Paar, zwei Erwerbstätige, 2 Kinder) bzw. 540 Euro (Alleinerziehende Person, 2 Kinder) entlastet.

Wir sorgen für mehr Respekt

Der Mindestlohn von 12 Euro kommt! In dieser Woche wird er beschlossen und kann im Oktober in Kraft treten. Er ist eine verdiente Lohnerhöhung für Millionen von Menschen, die jeden Tag hart arbeiten, aber trotzdem kaum über die Runden kommen. Für uns ist es eine Frage des Respekts, dass Arbeitnehmer:innen in Ostdeutschland, Frauen und alle Beschäftigten in Branchen mit schwacher Tarifbindung ab Herbst deutlich mehr Geld in der Tasche haben. Zudem beschließen wir in dieser Woche eine spürbare Rentenerhöhung – im Westen ist es die höchste seit 40 Jahren. Dort steigen die Altersbezüge um gut fünf Prozent, im Osten um sechs Prozent. Auch das ist eine Frage des Respekts: Jeder Mensch soll im Alter in Würde leben können.

Wir investieren in die Bundeswehr

Die Bundeswehr wurde viele Jahre unter konservativer Führung heruntergewirtschaftet. Nun legen wir den Schalter wieder um. Unsere Streitkräfte sollen die Ausrüstung bekommen, die sie brauchen, damit sie die sicherheitspolitischen Aufgaben in Deutschland und innerhalb der NATO wahrnehmen können. Deshalb bringt die Bundesregierung ein Sondervermögen Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro auf den Weg. Wir verankern es im Grundgesetz und schaffen so Planungssicherheit für die bestmögliche Ausrüstung unserer Soldat:innen. Zugleich stellen wir sicher, dass Zukunftsinvestitionen in soziale Sicherheit, Klimaschutz und Digitalisierung nicht zu kurz kommen.

2. ZUR LAGE

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir leben in einer Zeit außergewöhnlicher Herausforderungen. Der Überfall Russlands hat nicht nur den Krieg wieder nach Europa gebracht, sondern auch die Preise für Energie und Lebensmittel weltweit ansteigen lassen. Viele Ukrainer:innen sind vor Krieg und Zerstörung in ihrem Land geflohen und suchen Schutz in Deutschland und der EU. Und auch die Klimakrise erfordert weiter zügig staatliches Handeln. Nicht zuletzt stellt uns die Bewältigung der Corona-Pandemie weiterhin vor große Herausforderungen. Das Virus ist noch nicht besiegt.

Diesen zahlreichen Krisen stellt sich die Ampel-Koalition entgegen. Mit dem ersten gemeinsamen Haushalt schaffen wir Sicherheit in der Krise und setzen wichtige Impulse für die Zukunft unseres Landes. Der **Bundshaushalt 2022** sieht Ausgaben in Höhe von fast 496 Milliarden Euro vor – ein Plus von fast zwölf Milliarden Euro. Mehr als 50 Milliarden Euro davon sind für Investitionen vorgesehen. Das zeigt: Die Koalition handelt entschlossen und setzt klare Prioritäten für eine zukunftsorientierte Politik, ohne nachfolgende Generationen zu stark zu belasten.

Parallel beschließen wir einen **Ergänzungshaushalt**, der die Bürger:innen bei den hohen Energiepreisen entlastet, zielgerichtet wirtschaftliche Härten abfedert und Unterkunft und Betreuung für Geflüchtete sicherstellt. Wir werden auch unsere eigene Wehrhaftigkeit stärken müssen. Unsere Streitkräfte sollen die Ausrüstung bekommen, die sie brauchen, damit sie ihre sicherheitspolitischen Aufgaben in Deutschland und innerhalb der NATO wahrnehmen können. Deshalb bringt die Bundesregierung ein **Sondervermögen Bundeswehr** in Höhe von 100 Milliarden Euro auf den Weg. Wir verankern es im Grundgesetz und schaffen so Planungssicherheit für die bestmögliche Ausrüstung unserer Soldat:innen. Ein beratendes Gremium des Haushaltsausschusses wird die konkreten Beschaffungsvorhaben begleiten und so parlamentarische Kontrollrechte sichern.

Mit diesem Sondervermögen stellen wir zugleich sicher, dass **Zukunftsinvestitionen** in soziale Sicherheit, Klimaschutz und Digitalisierung nicht zu kurz kommen. Die Menschen in unserem Land können sich darauf verlassen, dass die Investitionen im Verteidigungsbereich keine notwendigen und bereits vereinbarten Ausgaben im restlichen Haushalt gefährden.

Gering- und Normalverdiener:innen entlasten

Der Krieg gegen die Ukraine treibt die Preise hoch, das haben besonders Familien und Menschen mit wenig Geld in den vergangenen Wochen gespürt. Die Ampel-Koalition hat darauf zügig und entschlossen mit zwei umfassenden Entlastungspaketen in Höhe von mehr als 30 Milliarden Euro reagiert. Sie sind im Haushalt abgebildet und kommen insbesondere bedürftigen Familien und Sozialhilfeempfänger:innen unbürokratisch zugute. Auch Rentner:innen profitieren vom Wegfall der EEG-Umlage, von der abgesenkten Energiesteuer auf Kraftstoffe, von der ÖPNV-Aktion und – wenn sie Leistungsbezieher:innen sind – von den Einmalzahlungen und dem Heizkostenzuschuss beim Wohngeld. Wir beobachten weiterhin aufmerksam die Lage und bringen bei Bedarf weitere Entlastungen auf den Weg. Arbeitsminister Hubertus Heil hat dazu am Wochenende Vorschläge gemacht.

Außenpolitische Zeitenwende vollziehen

Die von Bundeskanzler Olaf Scholz angekündigte Zeitenwende spiegelt sich auch in der Außen-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik wider. Der Etat des Bundesverteidigungsministeriums steigt auf 50,3 Milliarden Euro im Jahr 2022 – ein Plus von 7,3 Prozent. Bis 2026 soll der Verteidigungshaushalt durchgängig 50,1 Milliarden Euro betragen.

Putin setzt auch Hunger als Waffe ein. In der Ukraine hat die russische Armee zahlreiche Landwirtschaftsbetriebe zerstört und viele Weizenfelder vermint. Zudem blockiert Russland ukrainische Häfen, so dass gelagerter Weizen nicht exportiert werden kann. Das trifft vor allem viele Staaten Nordafrikas, Asiens sowie des Nahen und Mittleren Ostens, die von Lebens- und Futtermittelimporten aus der Ukraine und Russland abhängig sind.

Deutschland wird auch hier helfen: Der Etat des Auswärtigen Amtes steigt auf insgesamt 7,5 Milliarden Euro. Ein Drittel davon – rund 2,7 Milliarden Euro – entfallen auf humanitäre Hilfe. Auch der Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erhält mehr Mittel: Auf Betreiben der SPD-Bundestagsfraktion steigt er auf insgesamt 12,35 Milliarden Euro. Darunter fallen unter anderem mehr Mittel für Krisenbewältigung, bilaterale Zusammenarbeit, für das Welternährungsprogramm sowie für die Sonderinitiative „Eine Welt ohne Hunger“. Zudem fördern wir die Entwicklung und gerechte Verteilung von Impfstoffen, stärken Frauen

und Kinder in Entwicklungsländern und helfen beim weltweiten Kampf gegen den Klimawandel. Hinzu kommt eine Milliarde Euro, um die Ukraine direkt zu unterstützen und die Folgen des Krieges für Entwicklungs- und Schwellenländer abzumildern.

Investitionen in die Zukunft vorantreiben

Die Ampel-Koalition nimmt viel Geld für Zukunftsinvestitionen in die Hand: Wir investieren in Infrastruktur und Digitalisierung, unterstützen den Mittelstand, fördern Forschung und Innovation und sichern den sozialen Zusammenhalt. Dafür stellen wir in 2022 Mittel von rund 51,5 Milliarden Euro bereit – das sind ein Drittel mehr als vor den Krisen.

Deutschland soll bis 2045 klimaneutral sein. Ein wichtiger Baustein dieses Haushaltes sind deshalb Investitionen in den Klimaschutz, also Mittel für den natürlichen Klimaschutz, den Ausbau der Elektromobilität und für Investitionen in energieeffiziente Gebäude genauso wie für die Dekarbonisierung unserer Industrie.

Wir investieren massiv in den Ausbau der Erneuerbaren Energien und in die Förderung innovativer Technologien wie Wasserstoff in den nächsten Jahren. Zentrales Instrument ist der Energie- und Klimafonds (EKF), den wir mit dem Ergänzungshaushalt um 60 Milliarden Euro aufstocken. Um kurzfristig unabhängiger von russischen Energieimporten zu werden, beschleunigen wir nicht nur die Verfahren für den Ausbau der LNG-Infrastruktur, sondern investieren auch hier massiv: 200 Millionen in diesem Jahr und über 2,7 Milliarden Euro in den kommenden Jahren sieht der Bundeshaushalt für feste und schwimmende Flüssiggasterminals (LNG Floating Storage) vor. Damit unterstützen wir die sozial-ökologische Transformation unserer Wirtschaft entscheidend und sichern gleichzeitig unsere Energieversorgung zu bezahlbaren Preisen.

Zudem stärken wir weitere Investitionen in Schiene, Binnenschifffahrt, Radwege und Digitalisierung. Für uns gilt: Schiene vor Straße. Und das haben wir Parlamentarier:innen der Bundesregierung auch für die kommende Jahre mit auf den Weg gegeben. Denn die Stärkung der Schiene ist zentral für den Klimaschutz im Verkehrssektor. Fast 400 Millionen Euro zusätzlich sind für die Digitalisierung der Schiene im europäischen Verbund in den nächsten Jahren vorgesehen. Das ist die konkrete Verbindung von Zukunftsinvestitionen für Klimaschutz und Digitalisierung. Auch unsere Kommunen unterstützen wir bei der Anpassung an den Klimawandel und stocken das erfolgreiche Programm „Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel“

um 176 Millionen Euro auf, um mit neuen Park- und Grünflächen die Städte und Gemeinden weiter lebenswert zu gestalten.

Zudem stellen wir rund 659 Millionen Euro für investive Kulturmaßnahmen zur Verfügung, um unter anderem Bau und Sanierungsmaßnahmen von kulturellen Einrichtungen und Objekten zu unterstützen. Wir fördern weiterhin die Sanierung und Restaurierung von Kulturdenkmälern nationaler Bedeutung. Für Denkmalschutzprojekte sind in diesem Haushalt 73 Millionen Euro vorgesehen. Für die Sanierung kommunaler Einrichtungen, wie beispielsweise marode Sportstätten, werden künftig 476 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Hier geht es auch um energetische Sanierungen, um die Kommunen dauerhaft bei den Energiekosten zu entlasten.

Ein wichtiges Programm, das wir nun endlich wieder stark machen, nachdem es im Herbst von der alten Bundesregierung gestoppt worden war, ist das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM). Es ist auch unser Erfolg, dass in den parlamentarischen Beratungen die Mittel um 20 Millionen Euro allein für 2022 aufgestockt und langfristig gesichert wurden. Voraussichtlich ab Juni können endlich wieder neue Anträge angenommen werden.

Die Auswirkungen der Pandemie haben auch die Tourismusbranche stark getroffen. Wir sehen die Folgen und wollen sie weiter abfedern. Zur Stärkung der Branche und für den Neustart nach Corona unterstützen wir die Deutsche Zentrale für Tourismus mit deutlich mehr Geld (ein Plus von 4,6 Millionen Euro auf 39 Millionen Euro).

Der Etat für Wohnen und Bauen stützt die Konjunktur in Deutschland: Von den insgesamt rund fünf Milliarden Euro sind knapp vier Milliarden Euro für Investitionen vorgesehen. Im parlamentarischen Verfahren haben wir über 33 Millionen Euro on top verhandelt. Wir investieren massiv in den sozialen Wohnungsbau: In den kommenden Jahren werden insgesamt 14,5 Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau bereitgestellt. Davon werden wir – wie im Koalitionsvertrag vereinbart – den Bau von 100.000 Sozialwohnungen jährlich fördern. Eine große Aufgabe, aber wir packen das an. Das gerade gestartete „Bündnis für bezahlbaren Wohnraum“ ist deshalb eine wichtige Initiative unserer Bauministerin und wird mit 3,5 Millionen Euro unterstützt.

Ein großer Erfolg, der vor allem der SPD wichtig war: Wir machen den Weg frei und stellen für die Eigentumsbildung jetzt sechs Millionen Euro für den Kauf von Genossenschaftsanteilen zur Verfügung. Damit profitieren nicht nur die Menschen in ländlichen Gebieten, sondern auch in Ballungsräumen, in denen die Kaufpreise für Immobilien mittlerweile oftmals in schwindelerregende Höhen gestiegen sind.

Bildungsaufstieg für mehr junge Menschen ermöglichen

Eine Zukunftsinvestition, die uns besonders am Herzen liegt: das BAföG. Wir öffnen die Förderung so stark wie lange nicht mehr und machen sie unabhängiger vom Einkommen der Eltern, damit wieder mehr junge Menschen durch Bildung aufsteigen können. Wir erhöhen die Elternfreibeträge und die BAföG-Sätze spürbar, heben Altersgrenzen an und führen einen Nothilfemechanismus für eine bessere Unterstützung in Krisenzeiten ein. Für das BAföG geben wir insgesamt rund 2,3 Milliarden Euro aus.

Im Haushaltsverfahren konnten wir noch umfassende wichtige Veränderungen im Umfang von 40 Millionen vornehmen. Es ist uns dabei gelungen, die Hochschulen mit der Stiftung für Innovationen in der Hochschullehre als Herzstück des Wissenschaftssystems weiter zu stärken. Auch Hochschulen für angewandte Wissenschaften werden in ihrer Forschungsleistung gesichert. Als erste unserer geplanten Dynamisierungsmaßnahmen sollen die Akademien der Wissenschaften von regelmäßigen Aufwüchsen profitieren. Besonders freuen wir uns, dass die Überbetrieblichen Berufsbildungsstätten zusätzliche 2,1 Millionen Euro erhalten, um Gebäude und Ausstattung zu modernisieren. Die Bundesschüler:innenkonferenz erhält 500.000 Euro für eine eigene Geschäftsstelle, um sie unabhängiger zu machen und um ehrenamtliches Engagement von Schüler:innen zu unterstützen. Für mehr Chancengleichheit an den Schulen haben wir festgelegt, dass im kommenden Jahr die Planung des Startchancenprogramms beginnen soll. Außerdem sollen ab 2023 die Mittel für die Dynamisierung des Zukunftsvertrags Studium und Lehre bereitgestellt werden. Dies ist in entsprechenden Maßgabebeschlüssen nun vorgesehen.

Pandemiefolgen bekämpfen: hierzulande und global

Wir stemmen uns weiter gegen die Corona-Pandemie sowie ihre Folgen und stabilisieren unser Gesundheitssystem. Auch deshalb erhält das Gesundheitsministerium künftig eine Rekordsumme von 64 Milliarden Euro, den zweitgrößten Etat im Bundeshaushalt 2022.

Davon sind insgesamt 39 Milliarden Euro für die Pandemiebekämpfung bestimmt. Ein großer Teil ist für die Beschaffung von Impfstoffen, Schutzausrüstungen und Tests vorgesehen. Zudem erhalten Krankenhäuser rund sechs Milliarden Euro an Ausgleichszahlungen, damit ihre Mehrbelastungen während der Pandemie abgefedert werden. Hinzu kommt eine Milliarde für den Pflegebonus, mit dem wir die enor-

men Leistungen von Pflegekräften in Krankenhäusern und in der Altenpflege während der Pandemie würdigen wollen. 1,2 Milliarden fließen an den Ausgleichsfonds der Pflegeversicherung. Zusammen mit den ergänzenden Bundeszuschüssen fließen insgesamt 28,5 Milliarden Euro an Bundeszuschüssen aus dem Bundeshaushalt in den Gesundheitsfonds.

Die Pandemie hat uns gelehrt: Impfen ist der Weg zurück zur Normalität. Deshalb investieren wir in diesem Jahr rund sieben Milliarden Euro in die Beschaffung von Impfstoffen, 830 Millionen Euro mehr als im Regierungsentwurf veranschlagt. Außerdem freuen wir uns, dass künftig fünf Millionen Euro durch das BMBF für die Erforschung von Long-Covid zur Verfügung stehen – denn über die ernstzunehmende Erkrankung gibt es bisher zu wenig Erkenntnisse.

Deutschland setzt sich für weltweite Impfgerechtigkeit ein. Wir stellen 80 Millionen Euro für die Impfstoffforschung im Rahmen des „ACT-A“ bereit – eine internationale Kampagne der Weltgesundheitsorganisation, die dazu beitragen soll, dass Corona-Impfstoffe, Medikamente und Tests schneller entwickelt und produziert werden. Und wir verdreifachen mit einem Betrag von einer Million Euro den Etat des World Health Summit, um diese bedeutende internationale Konferenz zu stärken.

Wir bekämpfen auch die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie. Denn nach wie vor spüren viele Unternehmen ihre Folgen. Um diese abzufedern, stellt der Bund weitere Hilfen für Unternehmen bereit: 17,2 Milliarden Euro sind im Bundeshaushalt nun für die Corona-Unternehmenshilfen vorgesehen. Außerdem haben wir ein Bündel an Maßnahmen auf den Weg gebracht und nun im Haushalt finanziert, um die Unternehmen bei Ausfällen und Liquiditätsengpässen in Folge des Krieges in der Ukraine zu unterstützen (KfW-Programm, Bürgschaften, Kredite).

Sicherheit und Zusammenhalt stärken

Die Innenpolitik dieser Bundesregierung trägt eine klare sozialdemokratische Handschrift. Wir haben den Etat des Innenministeriums an die jüngsten Herausforderungen durch den Angriffskrieg auf die Ukraine angepasst und sämtliche Themenfelder der inneren Sicherheit und des gesellschaftlichen Zusammenhalts gestärkt. Außerdem haben wir wichtige Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag finanziell hinterlegt und bei sozialdemokratischen Themen wie der politischen Bildung, im Sport, bei Integration sowie Bevölkerungsschutz deutliche Akzente gesetzt.

In den parlamentarischen Beratungen haben wir für konkrete Projekte und Vorhaben Aufwüchse im Umfang von 174 Millionen Euro beschlossen. Mit 189 Stellen werden

wichtige Vorhaben im Bereich Digitalisierung, Bevölkerungsschutz, Cybersicherheit und politische Bildung verstärkt. Ein Stellenvermerk erlaubt es dem Bundesinnenministerium noch in diesem Jahr 2.000 zusätzliche Anwärter:innen bei der Bundespolizei einzustellen, die in den Jahren 2025 und 2026 übernommen werden können. Der Ergänzungshaushalt der Bundesregierung zur Bewältigung der Folgen aus dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine sieht 250 Millionen Euro für Handlungsfelder des Innenministeriums vor, unter anderem für humanitäre Aufnahme und Integration (+ 90 Millionen Euro), humanitäre Einsätze (+ 50 Millionen Euro), Zivilschutz (+ 50 Millionen Euro) und Sicherheit (+ 26 Millionen Euro).

Für soziale Sicherheit sorgen

Wir zeigen mit diesem Haushalt, dass sozialer Zusammenhalt und gute Arbeit für uns Priorität haben. Eine Rente, von der man leben kann, und mehr gesellschaftliche Teilhabe sind unsere Kernpunkte. Denn sie sind die Voraussetzung für ein gutes und selbstbestimmtes Leben.

Neben den laufenden Ausgaben für die sozialen Mindestsicherungssysteme bekämpfen wir Langzeitarbeitslosigkeit, indem wir den Jobcentern bis zu 200 Millionen Euro jährlich zusätzlich für Eingliederungsmaßnahmen von Arbeitsuchenden zur Verfügung stellen – insgesamt steigen die Mittel hierfür auf über zehn Milliarden Euro. Wer schon länger nach Arbeit sucht, kann jede Unterstützung gebrauchen, um schnell den Wiedereinstieg in den Job zu schaffen.

Zudem stabilisieren wir die gesetzliche Rente. Fast 108 Milliarden Euro sind an finanziellen Mitteln zur Stärkung der Rentenversicherung vorgesehen. Damit halten wir das Rentenniveau bei 48 Prozent und stabilisieren die Rentenbeiträge der Arbeitnehmer:innen bis einschließlich 2025. Wir kämpfen dafür, dass dies auch künftig so bleibt. Denn jede:r muss von seiner Rente in Würde leben können.

Die Corona-Pandemie hat die Kunstbranche hart getroffen. Mit einem zusätzlichen Stabilisierungszuschuss in Höhe von rund 59 Millionen Euro stärken wir die Künstler:innensozialkasse (KSK). Damit halten wir den Abgabesatz für selbstständige Künstler:innen und Publizist:innen auch in 2023 auf einem moderaten Niveau und greifen ihnen beim Neustart so unter die Arme.

Für uns ist es eine Frage der Solidarität, ukrainische Geflüchtete in Deutschland willkommen zu heißen. Damit sie schnell den Einstieg in den Arbeitsmarkt schaffen, benötigen sie ausreichende Sprachkenntnisse. Deshalb erhöhen wir die Mittel für die berufsbezogene Deutschsprachförderung um 105 Millionen Euro.

Im Haushalt sind auch unsere Entlastungen für die Bürger:innen abgebildet, mit denen wir auf die steigenden Energie- und Lebensmittelpreise reagiert haben. So etwa die Einmalzahlung von 200 Euro an Bezieher:innen von Grundsicherung und der Kindersofortzuschlag von 20 Euro monatlich pro Kind. Damit bereiten wir wichtige Projekte wie das Bürgergeld und die Kindergrundsicherung vor.

Mit niedrigen Löhnen Schluss machen

In dieser Woche beraten wir nicht nur den Haushalt, sondern beschließen auch den Mindestlohn von 12 Euro. Gut so! Viele Millionen Arbeitnehmer:innen werden von dieser Gehaltserhöhung profitieren, vor allem Frauen und Ostdeutsche. Der Lohn muss zum Leben reichen – egal, ob im Berufsleben oder später im Alter.

Inzwischen sprechen sich auch Teile der Union für einen höheren Mindestlohn aus, allerdings wohl eher aus parteipolitischem Kalkül. Wenn die Konservativen es wirklich ernst damit meinen, steht es ihrer Fraktion frei, im Bundestag auch für 12 Euro Mindestlohn in dieser Sitzungswoche zu stimmen.

Wir werden in dieser Woche außerdem die diesjährige Rentenpassung beschließen. Dabei handelt es sich um die höchste Rentenerhöhung seit 40 Jahren im Westen (ein Plus von 5,35 Prozent). Das sind bei einer Bruttorente von 1.300 Euro monatlich rund 70 Euro mehr. Im Osten sind es 6,12 Prozent, also fast 80 Euro mehr. Gerade für Rentner:innen ist das ein wichtiges Signal, um die gestiegenen Kosten für Lebensmittel und Energie abzufedern!

Euer

gez. Dr. Rolf Mützenich

3. ZUR WOCHE

TOP III a: 12 Euro Mindestlohn für mehr Respekt

Millionen von Beschäftigten arbeiten hierzulande zu niedrigen Löhnen, Erwerbs- und spätere Altersarmut gehen dabei Hand in Hand. Deshalb haben wir ein zentrales Versprechen abgegeben: Arbeit muss so bezahlt werden, dass jede:r von seinem Lohn leben und am gesellschaftlichen Leben teilhaben kann. Wir lösen dieses Versprechen nun ein und beraten in dieser Woche abschließend den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns.

Durch eine einmalige Erhöhung per Gesetz werden Millionen von Arbeitnehmer:innen ab Oktober 2022 mehr Lohn in der Tasche haben, besonders Frauen und Ostdeutsche. Zudem profitieren Beschäftigte in Branchen mit geringer Tarifbindung, darunter Floristik, Körperpflege, Land- und Tierwirtschaft, Gastronomie, Reinigung und Einzelhandel. Danach wird die von Gewerkschaften und Arbeitnehmer:innen besetzte Mindestlohnkommission über künftige Erhöhungsschritte entscheiden.

Zudem erhöhen wir die Verdienstgrenze für Minijobs auf 520 Euro und dynamisieren sie. Steigt in Zukunft der Mindestlohn, steigt auch die Verdienstgrenze. Damit ist eine Wochenarbeitszeit von zehn Stunden weiterhin möglich. Außerdem wird es spürbare Verbesserungen bei den Midijobs geben, also im sogenannten Übergangsbereich bei Verdiensten über 520 Euro. Künftig werden die Sozialbeiträge für Beschäftigte im unteren Übergangsbereich langsamer ansteigen, während Arbeitgeber:innen einen höheren Anteil als bisher leisten müssen. Zudem wird die Obergrenze von 1.300 auf 1.600 Euro angehoben. Dadurch wird der Anreiz für eine Tätigkeit oberhalb der Minijob-Grenze attraktiver. Dies führt zu einem höheren Verdienst und zu höheren Beitragsleistungen. Damit wird das Risiko der Altersarmut reduziert.

TOP VI: Kräftiges Rentenplus und mehr Geld für Erwerbsgeminderte

Mit einem kräftigen Rentenplus, einem wieder eingeführten Nachholfaktor und einer verbesserten Erwerbsminderungsrente leisten wir einen wichtigen Beitrag für eine verlässliche und generationengerechte Alterssicherung. In dieser Woche beraten wir den entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung in 2./3. Lesung.

Wir sorgen für das kräftigste Rentenplus seit 40 Jahren im Westen: Im Juli steigen die Renten dort um 5,25 Prozent. Auch im Osten ist die Erhöhung so hoch wie lange

nicht mehr: hier sind es 6,12 Prozent. In Zeiten steigender Preise ist diese deutliche Erhöhung ein wichtiges Signal, besonders für kleine Renten.

Zudem führen wir den Nachholfaktor wieder ein, der dafür sorgt, dass sich Löhne und Renten im Gleichklang entwickeln. Dank der Rentengarantie bleiben die Renten stabil, wenn die Löhne in Krisenzeiten sinken – allerdings werden mit dem Nachholfaktor die eigentlich durchzuführenden Kürzungen mit den Erhöhungen des Folgejahrs verrechnet. Durch die Corona-Pandemie wäre es 2021 zu einer solchen Rentenabsenkung gekommen, wenn der Nachholfaktor nicht vorübergehend ausgesetzt worden wäre. Inzwischen steigen die Löhne wieder und wir führen den Faktor nun wieder ein.

Zudem wollen wir die Renten für die sogenannten Erwerbsminderungsrentner:innen im Bestand spürbar erhöhen, denn sie sind oft von Altersarmut betroffen. Wer eine Erwerbsminderungsrente bezieht, die zwischen 2001 und 2018 begonnen hat, wird ab Juli 2024 einen pauschalen Zuschlag von bis zu 7,5 Prozent erhalten, der an die individuelle Rentenhöhe anknüpft. Davon profitieren rund drei Millionen Menschen.

ZP: Weg frei für das Sondervermögen Bundeswehr

Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine markiert eine Zeitenwende. Das bedeutet: Fortan müssen wir mehr in unsere Verteidigungsfähigkeit investieren. Deshalb beraten wir in dieser Woche abschließend die Gesetzentwürfe der Regierungsfraktionen zur Errichtung des „Sondervermögens Bundeswehr“ und zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 87a).

Der Gesetzentwurf zum Sondervermögen sieht vor, einmalig 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr bereitzustellen. Damit sollen insbesondere bedeutsame und komplexe mehrjährige Ausrüstungsvorhaben der Bundeswehr finanziert werden. So stärken wir die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes und stellen sicher, dass die Bundeswehr ihre Bündnisverpflichtungen wahrnehmen kann. Das Sondervermögen soll so genutzt werden, dass im mehrjährigen Durchschnitt von maximal fünf Jahren zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf Basis der aktuellen Regierungsprognose für Verteidigungsaufgaben nach NATO-Kriterien bereitgestellt werden. Nach Verausgabung des Sondervermögens sollen aus dem Bundeshaushalt weiterhin die finanziellen Mittel bereitgestellt werden, um das Fähigkeitsprofil der Bundeswehr und den deutschen Beitrag zu den dann jeweils geltenden NATO-Fähigkeitszielen zu gewährleisten.

Zudem werden künftig zur Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit unabhängig vom Sondervermögen Maßnahmen zur Cybersicherheit, Zivilschutz sowie zur Ertüchtigung und Stabilisierung von Partnern über den Bundeshaushalt finanziert. Auch dieses Ziel wird in das Errichtungsgesetz aufgenommen. Die Bundesregierung wird eine Strategie zur Stärkung der Sicherheit im Cyber- und Informationsraum vorlegen.

Zugleich gewährleisten wir die parlamentarische Kontrolle bei der Ausgestaltung. Das Sondervermögen wird durch einfaches Bundesgesetz errichtet und getrennt vom Bundeshaushalt verwaltet. Die aus dem Sondervermögen zu finanzierenden Vorhaben sind in einem Wirtschaftsplan zu benennen und sollen vollständig aus dem Sondervermögen finanziert werden. Der Wirtschaftsplan muss jährlich vom Bundestag, ab dem Haushaltsjahr 2023 mit dem Haushaltsgesetz, beschlossen werden. Seine Realisierung wird von einem beratenden Gremium des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages begleitet.

Weiterhin werden wir in der Bundeshaushaltsordnung verankern, dass bei Vorhaben, die ein Finanzvolumen von 25 Millionen Euro überschreiten, der Haushaltsausschuss vor dem Vertragsschluss über die Vorhaben beteiligt wird.

Die Änderung des Artikels 87a Grundgesetz schafft die verfassungsrechtliche Grundlage für die Errichtung des Sondervermögens. Der Bund wird ermächtigt, zur Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit ein Sondervermögen mit eigener Kreditermächtigung in Höhe von einmalig bis zu 100 Milliarden Euro zu errichten. Die einmalige Kreditermächtigung wird von der Kreditobergrenze der Schuldenregel des Grundgesetzes ausgenommen.